

# **Abgeordnetengesetz (AbgG) - Auszug -**

## **Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages**

in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Februar 1996 (BGBl. I S. 326), das zuletzt durch Artikel 12 des Gesetzes vom 5. Januar 2017 (BGBl. I S. 17) geändert worden ist

### **Inhaltsübersicht**

#### **Erster Abschnitt**

##### **Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag**

§ 1 Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag

#### **Zweiter Abschnitt**

##### **Mitgliedschaft im Bundestag und Beruf**

§ 2 Schutz der freien Mandatsausübung

§ 3 Wahlvorbereitungsurlaub

#### **Dritter Abschnitt**

##### **Rechtsstellung der in den Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes**

§ 5 Ruhen der Rechte und Pflichten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis

#### **Zehnter Abschnitt**

##### **Unabhängigkeit des Abgeordneten**

§ 44a Ausübung des Mandats

**Elfter Abschnitt**

**Fraktionen**

§ 45 Fraktionsbildung

§ 46 Rechtsstellung

§ 47 Aufgaben

§ 48 Organisation

§ 54 Beendigung der Rechtsstellung und Liquidation

## **Erster Abschnitt Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag**

### **§ 1 Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag**

Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag regeln sich nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes.

## **Zweiter Abschnitt Mitgliedschaft im Bundestag und Beruf**

### **§ 2 Schutz der freien Mandatsausübung**

(1) Niemand darf gehindert werden, sich um ein Mandat im Bundestag zu bewerben, es zu erwerben, anzunehmen oder auszuüben.

(2) Benachteiligungen am Arbeitsplatz im Zusammenhang mit der Bewerbung um ein Mandat sowie dem Erwerb, der Annahme und Ausübung eines Mandats sind unzulässig.

(3) <sup>1</sup>Eine Kündigung oder Entlassung wegen des Erwerbs, der Annahme oder Ausübung des Mandats ist unzulässig. <sup>2</sup>Eine Kündigung ist im übrigen nur aus wichtigem Grunde zulässig. <sup>3</sup>Der Kündigungsschutz beginnt mit der Aufstellung des Bewerbers durch das dafür zuständige Organ der Partei oder mit der Einreichung des Wahlvorschlags. <sup>4</sup>Er gilt ein Jahr nach Beendigung des Mandats fort.

### **§ 3 Wahlvorbereitungsurlaub**

<sup>1</sup>Einem Bewerber um einen Sitz im Bundestag ist zur Vorbereitung seiner Wahl innerhalb der letzten zwei Monate vor dem Wahltag auf Antrag Urlaub von bis zu zwei Monaten zu gewähren. <sup>2</sup>Ein Anspruch auf Fortzahlung seiner Bezüge besteht für die Dauer der Beurteilung nicht.

**Dritter Abschnitt**  
**Rechtsstellung der in den Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes**

**§ 5**

**Ruhen der Rechte und Pflichten aus einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis**

(1) <sup>1</sup>Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines in den Bundestag gewählten Beamten mit Dienstbezügen ruhen vom Tage der Feststellung des Bundeswahlausschusses (§ 42 Absatz 2 Satz 1 des Bundeswahlgesetzes) oder der Annahme des Mandats für die Dauer der Mitgliedschaft mit Ausnahme der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit und des Verbots der Annahme von Belohnungen und Geschenken. <sup>2</sup>Das gleiche gilt, wenn ein Mitglied des Bundestages in ein solches Dienstverhältnis berufen wird, von dem Tage an, mit dem seine Ernennung wirksam wird. <sup>3</sup>Der Beamte hat das Recht, seine Amts- oder Dienstbezeichnung mit dem Zusatz "außer Dienst" ("a. D.") zu führen. <sup>4</sup>Bei unfallverletzten Beamten bleiben die Ansprüche auf das Heilverfahren und einen Unfallausgleich unberührt. Satz 5 gilt längstens bis zum Eintritt oder bis zur Versetzung in den Ruhestand.

[...]

**Zehnter Abschnitt**  
**Unabhängigkeit des Abgeordneten**

**§ 44a**

**Ausübung des Mandats**

(1) <sup>1</sup>Die Ausübung des Mandats steht im Mittelpunkt der Tätigkeit eines Mitglieds des Bundestages. <sup>2</sup>Unbeschadet dieser Verpflichtung bleiben Tätigkeiten beruflicher oder anderer Art neben dem Mandat grundsätzlich zulässig.

[...]

## **Elfter Abschnitt Fraktionen**

### **§ 45 Fraktionsbildung**

- (1) Mitglieder des Bundestages können sich zu Fraktionen zusammenschließen.
- (2) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.

### **§ 46 Rechtsstellung**

- (1) Die Fraktionen sind rechtsfähige Vereinigungen von Abgeordneten im Deutschen Bundestag.
- (2) Die Fraktionen können klagen und verklagt werden.
- (3) Die Fraktionen sind nicht Teil der öffentlichen Verwaltung; sie üben keine öffentliche Gewalt aus.

### **§ 47 Aufgaben**

- (1) Die Fraktionen wirken an der Erfüllung der Aufgaben des Deutschen Bundestages mit.
- (2) Die Fraktionen können mit Fraktionen anderer Parlamente und parlamentarischen Einrichtungen national und international zusammenarbeiten.
- (3) Die Fraktionen und ihre Mitglieder können die Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit unterrichten.

**§ 48**  
**Organisation**

- (1) Die Fraktionen sind verpflichtet, ihre Organisation und Arbeitsweise auf den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie aufzubauen und an diesen auszurichten.
- (2) Die Fraktionen geben sich eine eigene Geschäftsordnung.

**§ 54**  
**Beendigung der Rechtsstellung und Liquidation**

- (1) Die Rechtsstellung nach § 46 entfällt
  1. bei Erlöschen des Fraktionsstatus,
  2. bei Auflösung der Fraktion,
  3. mit dem Ende der Wahlperiode.

[...]